

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846-46 pöbn d

Inhalt

Helmut G. Schmidt kommentiert den SPD-Parteitag: Hartes Ringen in schwierigen Sachfragen auf der Basis sozialdemokratischer Grundlinien.

Seite 1/2

Fred Zander weist die unmenschlichen und verfassungswidrigen Überlegungen des CDU-Politikers Biedenkopf zur Sozialpolitik zurück.

Seite 3/4

Günter Schluckebier kündigt neue Initiativen der SPD-Fraktion für die Entwicklungspolitik der kommenden Jahre an.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

32. Jahrgang/ 219/

15. November 1977

SPD kann sich ein hartes Ringen um Sachfragen leisten

Die Probleme vertragen keine leichtfertige Auseinandersetzung

Man kann die Billigformel nicht mehr hören: Mogadischu macht's möglich. Mogadischu soll eine in sich zerstrittene SPD für die Zeit des Hamburger Parteitages kurzfristig mit glänzendem Firnis überziehen, der bei der nächsten Schlechtwetterperiode abblättert und den "bejammernswerten Zustand der Partei" erneut sichtbar werden läßt.

So hätten sie's gern und so wird man es in den nächsten Tagen leider auch hier und da lesen und hören müssen.

Aber so einfach sollten es sich auch die Strategen der Union nicht machen. Es würde heißen, unsere Demokratie zu unterschätzen. Die Delegierten in Hamburg, die ganze SPD und die bundesdeutsche Öffentlichkeit sind so unpolitisch nicht, daß sie sich den Blick für die Sachprobleme trüben lassen würden.

Das wiedergewonnene Vertrauen das den Sozialdemokraten spürbar entgegengebracht wird, hat mit Sicherheit tiefere Quellen, als die zum Teil emotionelle Genugtuung über die Geiselfreiung in Somalia. Sie war bestenfalls Anlaß zum Nachdenken über die Leistungen der Sozialdemokraten und die Alternativen dazu, sowie zum Aussteigen aus einer breit angelegten Miesmacherkampagne gegen sie.

Hamburg wird wieder einmal mehr zeigen, daß es die Sozialdemokraten besser verstehen als anderen, sich das Leben schwer zu machen. Und das ist gut so, die vor uns liegenden

Den Sozialstaat verteidigen

CDU-Husarenritt gegen System der sozialen Sicherheit

Von Fred Zander MdB

 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für
 Jugend, Familie und Gesundheit

Rechtskonservative Kreise der CDU/CSU blasen zum großen Angriff auf die Qualität unseres Sozialstaates. CDU-Ministerpräsident Stoltenberg mit seinen Forderungen nach pauschalem Abbau von Leistungen der Sozialhilfe und der ehemalige CDU-Generalsekretär Biedenkopf mit seiner bedenklichen Argumentation gegen die Verfechter des "sozialen Wohlbefindens" und "umfassender sozialer Versorgung" der Bevölkerung durch den Staat auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin haben den Startschuß gegeben.

Und wieder ist es der ordoliberaler Biedenkopf, der jetzt mit einem Thesenpapier zur Gestaltung der Sozialordnung den vorläufigen Höhepunkt in dieser Kampagne gesetzt hat.

Biedenkopfs sozialpolitische Vorstellungen gipfeln in der Forderung, die vom Staat für die Bürger organisierte Daseinsvorsorge zu privatisieren. Das heißt, die solidarische Daseinsvorsorge abbauen und den einzelnen zu mehr individueller Zukunftssicherung anhalten. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, das derzeitige Sozialsystem reduziere den Bürger zum Antragsteller und Leistungsempfänger und beseitige "den Wunsch der Menschen, ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder wirtschaftlich zu gestalten."

Denn - so die Grundthese - der allgemeine Wohlstand, der hierzulande so hoch wie nie zuvor sei, habe unüberwindliche Klassenschranken beseitigt, und die früher abhängigen Bevölkerungskreise seien "heute mündig".

Diese These ist nicht neu. Sie ist schon 1957 auf dem damaligen CDU-Parteitag von Eugen Gerstenmaier vertreten worden, als er verkündete, daß die sozialstaatliche Grenze erreicht sei, die "unsere Verfassung gezogen hat" und "die den Sozialstaat vom Wohlfahrtsstaat, vom haltlosen Gefälligkeitsstaat unterscheidet". Und er forderte seine Parteifreunde auf, "den freiheitliche sozialen Rechtsstaat gegen diese Tendenzen des sozialistischen Versorgungsstaates" zu verteidigen.

Inzwischen hat sich, wie jedermann weiß, der demokratische Sozialstaat - vor allem durch die Leistungen der sozialliberalen Koalitionsregierungen - bemerkenswert entwickelt. Und die CDU/CSU wird nicht müde, die Erfolge der sozialen Sicherung auch für sich zu reklamieren.

Wenn Biedenkopf heute die alten Formeln von Gerstenmaier wieder ausgräbt, so sind sie deswegen keineswegs richtiger geworden. Sie sind Produkt vollkommen abstrakter Vorstellungen über unsere Gesellschaft, in denen realitätsblind über die schwierige Lebenssituation ganzer Gruppen, wie etwa der älteren Menschen, der Behinderten, der Arbeitslosen hinweggegangen wird, für die der Staat heute ein beachtliches Maß an Daseinsvorsorge leistet.

Mit einer einzigen falschen These schafft Biedenkopf es, Rechte und Rechtsansprüche von Millionen von Menschen gegenüber dem Staat in Frage zu stellen.

Zweierlei daran ist bemerkenswert:

- 1/ Das Unmenschliche im abstrakten Denken Biedenkopfs, das willkürlich über das Schicksal ganzer Bevölkerungsgruppen hinweggeht;

- 2/ Das Verfassungswidrige dieser Forderung, denn unser Grundgesetz sagt in Artikel 20 Absatz 1 klar: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Während die sozialliberale Koalition diesen Verfassungsauftrag ernst nimmt und um den Auf- und Ausbau unseres Sozialstaates bemüht ist, fordert Biedenkopf bereits wieder seinen Abbau. Ein grotesker Vorgang. Biedenkopf und seine Freunde sagen im Klartext, was im einzelnen geschehen soll:

- 1/ Die Leistungen der Sozialhilfe sollen abgebaut werden. Rund zwei Millionen Menschen wären hiervon betroffen. Ihnen empfiehlt Biedenkopf die "verantwortete Selbstbestimmung des einzelnen", obwohl es sich weitgehend um hilfebedürftige Menschen handelt. Hier sticht der Biedenkopfsche Zynismus besonders ins Auge.
- 2/ Biedenkopf empfiehlt deutschen Familien, mit Unterstützung des Staates Miethäuser zur Sicherung des Alterseinkommens zu bauen. Fragt sich nur, wer dann in diesen Häusern zur Miete wohnen soll, wenn alle sich ihre Häuser bauen können.
- 3/ Biedenkopf träumt von einer "kollektiv garantierten Sockelrente", die das Existenzminimum sichert und einer darüber hinausgehenden privaten Zusatzrente. Keine Frage, daß dies ein Angriff auf unser Rentensystem ist und zur Folge hätte, daß die Bezieher höherer Einkommen gegenüber den schwächer Verdienenden klar bevorteilt wären.
- 4/ Alle die Bautätigkeit hemmenden Mietbindungen sollen aufgehoben werden. Biedenkopf vergißt wieder, daß nicht alle Mitglieder unserer Gesellschaft bauen können und deshalb zur Miete wohnen müssen. Für diese große Mehrheit der Menschen in diesem Lande sind die Mietschutzbestimmungen mit gutem Grund geschaffen worden.
- 5/ Der Vorschlag der CDU/CSU, Grund und Boden der öffentlichen Hände sowie Sozialmietwohnungen zu privatisieren, zielt ebenfalls ab auf Abbau sozialer Sicherung.

All diese Vorstellungen, die beliebig ergänzt werden könnten, haben innerhalb der CDU selbst bereits lebhaften Widerspruch gefunden. Katzer spricht von "Sozial-Darwinismus" und warnt: "Zurück ins Neandertal geht's nicht." Blüm wirft Biedenkopf vor, einen zu "schmalbrüstigen Freiheitsbegriff" zu haben, der soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit ausklammert. "Die soziale Marktwirtschaft unterscheidet sich sehr prinzipiell von der nackten Marktwirtschaft." Recht hat er.

Die Sozialdemokraten haben zur Sozialpolitik - im Gegensatz zu CDU/CSU - eine eindeutige und klare Position. Sie steht freilich der Biedenkopfs diametral entgegen. Im "Orientierungsrahmen 1985" der SPD ist erkannt: "Selbst in den reichen Industrieländern entwickeln sich neue Formen der Armut, der Ausbeutung, der Zerstörung des Menschen und der ihn umgebenden Natur." Und: Es "arbeiten Abermillionen von Menschen immer noch an gesundheitsschädliche, abstumpfenden Arbeitsplätzen und in einer Abhängigkeit, die dem Grundsatz der Menschenwürde nicht entspricht".

Und weil das so ist, halten die Sozialdemokraten den demokratischen Sozialstaat des Grundgesetzes für "Grundlage und Ausgangspunkt für den weiteren Ausbau unserer Gesellschaft im Sinne des demokratischen Sozialismus". Und sie erklären sich bereit darum zu kämpfen, "den erreichten Stand geistiger und politischer Freiheit, sozialer Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstandes zu bewahren, gegen alle Angriffe zu verteidigen und auf mehr Mitmenschlichkeit hin weiterzuentwickeln." Hierauf wird sich die Sozialdemokratie stets besinnen müssen, um den Angriffen Biedenkopfs und seiner Freunde begegnen zu können. Denn was die vorhaben, ist unsozial und unchristlich. Es ist gewissermaßen die Antwort von Franz Josef Strauß auf die "neue soziale Frage" von Geißler, Blüm und Katzer.

(-/15.11.1977/vo-he/ca)

In der Entwicklungspolitik ein Schritt nach vorn

In der Haushaltsberatung 1978 werden Zeichen gesetzt

Von Günter Schluckebier MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Fraktion

Vor genau zwei Jahren hat Herbert Wehner im Deutschen Bundestag erklärt: "Die Entwicklungspolitik ist eines der wichtigsten Gebiete der internationalen Politik." Er hat uns aufgefordert, daraus Konsequenzen zu ziehen. Wir haben das mit seiner Hilfe getan. Unsere Entwicklungspolitik hat eine neue Qualität erhalten, seitdem der Deutsche Bundestag verstärkt auf die Inhalte der Entwicklungspolitik einwirkt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Sommer dieses Jahres ein präzises Programm vorgelegt. Wir fordern nicht alles auf einmal, aber wir haben gezeigt, wo wir entscheidende Durchbrüche erreichen können. So wie wir für das Jahr 1977 selbstbewußt feststellen konnten, daß sich unser Einsatz finanziell gelohnt hat, so werden wir auch bei der Beratung des Haushaltsentwurfs für 1978 dafür sorgen, daß wir uns unseren finanziellen Zielvorstellungen rascher nähern, als dies mancher für möglich gehalten hat.

Die internationalen Konferenzen, der 30. Jahrestag des Marshall-Plans, die Ernennung Williy Brandts zum Vermittler der Internationalen Nord-Süd-Kommission, die Ereignisse von Mogadischu und die Entschließung des Deutschen Bundestages zur Entwicklungspolitik haben klargemacht, daß wir um eine Erhöhung unserer Leistungen für die Dritte Welt nicht länger herumkommen. Wir können das 0,7 Prozent-Ziel nicht abschaffen, nachdem es immer mehr Länder erreicht haben.

Der Druck auf die zurückgebliebenen Industrieländer wird steigen. Wenn wir verhindern wollen, für kommende Krisen der Weltwirtschaft verantwortlich gemacht zu werden, dann müssen wir durch vertrauensbildende Maßnahmen die Gewißheit der Entwicklungsländer stärken, daß wir die Erreichung unserer selbstgesteckten Ziele ernst nehmen.

Dem ersten Schritt, den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1978 um 23 Prozent zu steigern, muß eine Aufstockung der Verpflichtungsermächtigung folgen. Nur so wird sichergestellt, daß die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern erfolgreich fortsetzen kann. Es ist kein Geheimnis, daß die SPD-Fraktion eine Aufstockung der Verpflichtungsermächtigungen in Milliardenhöhe anstrebt. Dieser Betrag wäre ein Signal, das weltweit verstanden wird. Wir fordern dazu eine klare Stellungnahme der Opposition.

Entwicklungspolitik war nie allein eine staatliche Aufgabe. Die Beschäftigungskrisen der letzten Jahre haben klar gemacht, wie abhängig unsere Volkswirtschaft von der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Lage in den Entwicklungsländern ist. Die Forderung nach mehr Parallelität zwischen Beschäftigungspolitik und Entwicklungspolitik

ist Ausdruck des geschärften Bewußtseins, das die deutsche Wirtschaft insgesamt - also Unternehmer ebenso wie Gewerkschaften - gegenüber Fragen der Entwicklungspolitik besitzt. Wir werden diesen Forderungen durch ein zusätzliches Lieferprogramm Rechnung tragen.

Wer im eigenen Interesse Beschäftigungsprogramme mit Blickrichtung auf Entwicklungsländer fordert, der sollte sich auch darüber klar werden, wie er sich an ihrer Finanzierung beteiligen kann. Das gilt sowohl für die Bundesländer als auch für die deutsche Wirtschaft. Entwicklungs-Anleihen sind zwar in den letzten Jahre aus der Mode gekommen, aber nicht vergessen worden. Bei genügender Phantasie lassen sich noch erstaunliche Kräfte unserer Volkswirtschaft für den Entwicklungsprozeß mobilisieren.

Das gilt insbesondere für das Südeuropa-Programm unserer Partei. Wir haben die Vorbereitungen dazu zügig begonnen. Wir verfügen auch über genügend entwicklungspolitische Erfahrungen, um dieses Programm so zu verwirklichen, daß es den betroffenen Ländern ebenso rasche wie wirkungsvolle Hilfe bringt und gleichzeitig auch der beschäftigungspolitische Nutzen für unsere Wirtschaft nicht aus den Augen verloren wird. Dieses Ziel erkennen auch die Regierung in Portugal, Spanien und Griechenland an.

Ihr Interesse richtet sich neben einem stärkeren Kapitaltransfer auch auf die Übermittlung der Fertigkeiten und Fähigkeiten unserer Arbeitnehmerschaft und unseres Managements. Hier können wir das Potential der Deutschen Stiftung für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) nutzen. Ihre Aufgabe ist es, unternehmerisches Wissen für den Aufbau eigener Industrien der Entwicklungsländer bereitzustellen. Ihre Erfahrungen stellen sicher, daß der Einsatz deutscher Privatinvestitionen einen sinnvollen Beitrag zu den Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer leisten kann.

Damit rückt die Übertragung menschlichen Wissens, entwicklungschinesisch "know how" genannt, wieder stärker in den Blickpunkt unserer Politik. Die SPD-Fraktion wird deshalb in diesem Jahr mit ihrer Ankündigung ernst machen, innerhalb des Entwicklungshaushalts zu einer Verlagerung der Schwerpunkte zugunsten der Technischen Zusammenarbeit zu gelangen. Das wird sich auch in Zahlen ausdrücken. Geplant ist die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für Technische Zusammenarbeit, wie es Helmut Esters bereits in der Haushaltsdebatte für das Jahr 1977 angekündigt hat.

Entwicklungspolitik hat den Rang, den ihr der Deutsche Bundestag einzuräumen bereit ist. Es steht in der Macht des Parlaments, wie weit der finanzielle Handlungsrahmen gezogen wird. Wir werden in diesem Jahr zeigen, daß wir die Zeichen der Zeit verstanden haben.

(-/15.11.1977/vo-he/ca)

+ + +